

# WAS kritisiert Positionspapier

Strabs: Grundsteuermodell gefordert

**HERMANNSTADT.** Die Wählergruppe Aktive Südheide (WAS) hat mit Kritik auf das Positionspapier von CDU und SPD zum Thema Straßenausbaubeiträge reagiert. Die beiden größten Fraktionen aus dem Gemeinderat Südheide lehnen es ab, den Straßenausbau über eine höhere Grundsteuer zu finanzieren. Das Land müsse die Beitragsausfälle kompensieren, so die Forderung. „Es stellt sich die Frage, warum die Parteien dieses Vorhaben mit ihrer Mehrheit nicht längst im Landtag durchgesetzt haben“, entgegnet Frank Huchler von der WAS. In vielen niedersächsischen Gemeinden würden die Anliegeranteile der Straßenausbaubeiträge inzwischen über eine höhere Grundsteuer finanziert, beispielsweise in Winsen oder Hambüren.

„Die Anwendung der Straßenausbaubeitragsatzung ist ein veraltetes, auslaufendes Modell“, sagt Huchler. Er rechnet vor, was eine Erhöhung der Grundsteuer um die von CDU und

SPD genannten 100 Punkte bedeuten würde. „Hier sprechen wir bei einem Durchschnittsgebäude mit normaler Grundstücksgröße über eine Mehrbelastung von etwa 7,50 Euro im Monat“, so Huchler. „Auch über Jahre betrachtet, hält sich eine zusätzliche finanzielle Belastung somit in Grenzen.“ Bei der Sanierung einer Straße könnten für den einzelnen Anlieger dagegen Beträge von 10.000 Euro oder auch mehr anfallen.

„Die Erhöhung der Grundsteuer würde die Kosten nicht weiter ungerecht Einzelnen aufbürden, sondern sie sehr viel gerechter auf alle Grundsteuerzahler umlegen und dadurch zusätzliches Geld in die Gemeindekasse spülen, welches zum Bau oder der Sanierung von Straßen verwendet werden kann“, sagt Huchler. „Solange die Straßenausbaubaukosten noch nicht aus Landesmitteln bezahlt werden, ist die Erhöhung der Grundsteuer eine Möglichkeit für die Kommunen, die wegfallenden Anliegerbeiträge auszugleichen.“ (me)



CZ 09.09.2021